

**Normativ abgerüstet, aber selbstbewusst.
Deutsche Außenpolitik im 20. Jahr nach der Vereinigung**

Gunther Hellmann

Jahrestage bieten Anlass zur Rückschau. Dies gilt auch für den 20. Jahrestag der deutschen Vereinigung und die Standortbestimmung der deutschen Außenpolitik, denn spätestens mit der griechischen Finanzkrise hat sich das Image Deutschlands in der Breitenwahrnehmung neu justiert. Der deutsche Boulevard entdeckte im Frühjahr 2010 eine "eiserne Kanzlerin", die plötzlich "Nein" sagte, als "Europa" rief und ein "Exempel" statuierte: "Nie mehr Zahlmeister, nie mehr Liebling Europas" kommentierte "Bild" (Blome 2010). Aber auch die internationale Qualitätspresse meinte, viel "Unbekanntes" zu sehen. Auch die New York Times sah in der deutschen Kanzlerin eine "Neinsagerin", die den europäischen Partnern und der Welt ein neues Deutschland präsentierte, das hart für seine nationalen Interessen kämpft steigt und manchen Partner damit sogar "schockierte" (Castle/Saltmarsh 2010). Gewiss, nicht alle wollten so weit gehen. Aber selbst diejenigen, die, wie die Kommentatorin der "Welt", Angela Merkel verteidigten, gestanden zu, dass sich im harten deutschen Kurs "ein neues deutsches Selbstbewusstsein" zeigte (Seibel 2010).

Verändertes Selbstverständnis

Der Begriff des "Selbstbewusstseins" ist in der Tat der Schlüssel zum Verständnis der neuen deutschen Außenpolitik. Er markiert ein grundlegend gewandeltes Verständnis von Deutschlands Rolle in Europa und der Welt, das sich insbesondere in einem geschärften Macht- und Statusbewusstsein artikuliert. In diesem Essay werde ich argumentieren, dass die Veränderungen dieses außenpolitischen Selbstverständnisses sowohl tiefgreifend wie auch weitreichend ausfallen. Sie greifen insofern tief als sich nicht nur das Selbstverständnis einer kleinen außenpolitischen Elite, sondern der deutschen Öffentlichkeit insgesamt verändert haben. Sie reichen zudem auch weiter als gemeinhin zugestanden, weil diese Änderungen sowohl den "Stil" bzw. die "Rhetorik" wie auch die "Substanz", d.h. die Ziele deutscher Außenpolitik betreffen.

Dass diese Veränderungen noch nicht hinreichend zur Kenntnis genommen werden, hängt vor allem mit zwei Aspekten zusammen. Erstens ist der Begriff des Selbstbewusstseins noch immer eingebettet in ein Vokabular, das aus Bonner Zeiten vertraut ist und geschätzt wird, das aber auch kaschiert, wie tiefgreifend die Veränderungen tatsächlich sind. Das gilt beispielsweise für den Begriff der "Verantwortung", aber auch für "Multilateralismus" oder "Kultur der Zurückhaltung". Häufig wird übersehen, dass manche dieser Begriffe heute das Gegenteil dessen bedeuten, was früher mit ihnen gemeint war. Im Herbst 1990 etwa versicherte Hans-Dietrich Genscher dass Deutschland mit seinem größeren Gewicht "nicht nach mehr Macht" strebe, sondern sich "der größeren Verantwortung bewusst (ist), die daraus erwächst" (Genscher 1990: 17804C). Wenn die deutsche Diplomatie heute ihre "Bereitschaft" erklärt, "mehr Verantwortung zu übernehmen", ist mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass es um den deutschen Machtanspruch auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat geht.

Die insgeheime Umdeutung geschätzter Begriffe und die damit verbundene Scheu, das Neue in der deutschen Außenpolitik auf den Punkt zu bringen, gründet ihrerseits darin, dass eine starke Kontrastfolie fehlt, gegen die das Neue der Berliner Außenpolitik positiv konturiert werden kann. Die Bonner Republik hatte eine klare Vorstellung davon, was sie vermeiden wollte. "Nie wieder Weimar" war anfangs ihr Credo. Dies zu erreichen, fiel auch vergleichsweise leicht (vgl. Allemann 1956). Eine "selbstbewusste" Berliner Republik hat es deutlich schwerer, eine *neue* Außenpolitik positiv von der Vergangenheit abzuheben. Die Schwierigkeit besteht zum einen darin, dass sich mit "Selbstbewusstsein" insbesondere solche außenpolitischen Assoziationen verbinden, die im deutschen Fall Erinnerungen an die "Machtstaatstradition" Bismarcks oder gar Hitlers wecken. Zum anderen kann "Bonn" (im Unterschied zu "Weimar") nicht als Negativfolie dienen. Die Bonner Republik erscheint vielmehr sowohl unter Experten wie auch in der breiten Öffentlichkeit als die erfolgreichste Phase deutscher Geschichte überhaupt.

Das neue Selbstbewusstsein

Im Herbst 1990 bot "Der Spiegel" Joschka Fischer Platz für einen Essay zur deutschen Vereinigung (Fischer 1990). Von "Freude schöner Götterfunken am 3. Oktober" wollte Fischer damals wenig wissen. Musste es denn wirklich, fragte er, "gleich wieder das 'Deutschland einig Vaterland' sein?" Nein, sein "Misstrauen gegen das 'Wir sind ein Volk'" wurde er damals "einfach nicht los", denn ob "die Deutschen jetzt auf demokratische Weise mit ihrer zweifellos vorhandenen Stärke selbstbegrenzend umgehen" könnten, bezweifelte er. Bei seinem Ausscheiden als Außenminister fünfzehn Jahre später klang das ganz anders. In einem Interview

mit der taz meinte er, dass Deutschland in der Regierungszeit von Rot-Grün "ein anderes Land geworden" sei, "offener", "freier" und "eine selbstbestimmtere Nation". "Es ist uns heute klarer, wer wir Deutschen eigentlich sind. (...) Deutschland ist, insgesamt gesehen, ein wunderbares Land. Dass einer mit meiner Geschichte so etwas heute sagt, erzählt doch einiges" (Fischer 2005).

Diese beiden Zitate wie auch die biographischen Wandlungen Fischers, die ihnen zugrunde liegen, markieren wohl am besten, welche Veränderungen Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten durchlaufen hat. Vor allem die positive Konnotation nationaler Selbstbestimmung durch den prominentesten "Grünen" kennzeichnet die bemerkenswerte Karriere des Begriffes "Selbstbewusstsein" im neuen außenpolitischen Vokabular. Eine "selbstbewusste Nation" forderte Anfang der 1990er Jahre nur eine sich selbst als "neue demokratische Rechte" bezeichnende Gruppe verstreuter Rechtsintellektueller, die das "gebrochene" Nationalbewusstsein der Deutschen beklagten (Schwilk/Schacht 1994). Im Zentrum des politischen Diskurses tauchte der Begriff erst mit Gerhard Schröder als Bundeskanzler auf, besonders prominent in seiner ersten Regierungserklärung als er das "Selbstbewusstsein einer erwachsenen Nation" umschrieb und ebenso in seiner Regierungsbilanz am Ende seiner Amtszeit, als er für sich und seine Politik in Anspruch nahm, Deutschland "nach außen selbstbewusster" gemacht zu haben (Schröder 2005: 17469A).

Das Selbstbewusstsein, das in diesen Zusammenhängen postuliert wird, ist vor allem ein Synonym für ein gewachsenes Machtbewusstsein. Deutschland ist nicht nur, wie der Korrespondent der New York Times jüngst in einem Porträt schrieb, zunehmend "mit sich im reinen", sondern es lässt "im Kleinen wie im Großen" auch wieder "seine Muskeln spielen" (Kulish 2010). Die Griechen sind dabei keineswegs die einzigen, die dies zu spüren bekommen. Italien weiß seit den späten 1990er Jahren wie hart die Deutschen zu Werke gehen können, um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu erlangen. Und die Verbündeten Portugal und Kanada, die ihre derzeitigen Kandidaturen für einen nicht-ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat für die Periode 2011/2012 bereits in den Jahren 2000 bzw. 2001 (und damit noch *vor* der letzten nicht-ständigen Mitgliedschaft Deutschlands) ankündigten, wissen spätestens seit der Bekanntgabe einer neuerlichen deutschen Kandidatur im Jahr 2006, dass Berlin für seine Interessen machtbewusster in den Ring steigt als dies früher der Fall war. Gerade diese deutsche Kampfkandidatur ist nicht nur deshalb bemerkenswert, weil sie in Kenntnis der Kandidaturen der beiden anderen NATO-Verbündeten angekündigt wurde, sondern auch deshalb, weil Deutschland im Gegensatz zu Kanada und Portugal für sich in Anspruch nimmt, wiederum nach acht Jahren im Sicherheitsrat dabei sein zu können, wohingegen sich der Zeitraum zwischen der letzten nicht-ständigen Mitgliedschaft und dieser neuen sowohl für Kanada wie auch Portugal im

Vergleich zu den Abständen zwischen früheren Mitgliedschaften erhöht hat, beide mithin also unter diesem Gesichtspunkt einen legitimeren Anspruch geltend machen können.

Dieses aktuelle Beispiel ist nur eines von mehreren, die angeführt werden könnten, um das gewandelte außenpolitische Machtbewusstsein Deutschlands zu illustrieren. Andere Beispiele sind Deutschlands Teilhabe an der sogenannten "P5 plus Germany"-Gruppe, also der Gruppe der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats und Deutschlands, die sich mit der Frage einer potenziell nuklearen Bewaffnung Irans befassen oder die mittlerweile weithin akzeptierte informelle EU3-Konstellation aus Großbritannien, Frankreich und Deutschland, in der wichtige sicherheitspolitische Fragen der EU vorsondiert werden. In ihnen drückt sich nicht nur ein geschärftes Statusbewusstsein Deutschlands aus, sondern auch die Anerkennung dieses Status auf bestimmten Feldern und durch einige Partner. Von "Macht" ist in diesen Zusammenhängen in deutschen Ansprachen zwar nach wie vor nicht die Rede. Zu sehr erinnert dieser Begriff an frühere deutsche "Machtstaats"-Traditionen, mit denen in Berlin niemand in Verbindung gebracht werden will und die auf die Berliner Republik auch zwanzig Jahre nach der Vereinigung schwerlich passen. Wenn die Bundesregierung in Brüssel "selbstbewusst deutsche Interessen" wahrnimmt oder ihre "Bereitschaft" erklärt, international "mehr Verantwortung zu übernehmen", ist allen Adressaten allerdings klar, dass hier im Kern Machtfragen verhandelt werden.

Stolzes Deutschland

Wie tief diese Veränderungen reichen und wie sehr solche Statusfragen auch in einer breiten deutschen Öffentlichkeit als Machtfragen begriffen werden, spiegeln Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach aus den letzten Jahren. So hat sich beispielsweise im Vergleich zu den 1990er Jahren die Zahl derjenigen verdoppelt, die die Frage, ob Deutschland "eine andere Republik" geworden sei, bejahen. Ferner zeigen diese Umfragen, dass die wichtigsten Assoziationen, die gemeinhin mit dem Selbstbewusstsein einer "Berliner Republik" verbunden werden – Ansehen (1998: 39 Prozent, 2007: 50 Prozent), Größe (37/48), Macht (42/47) und Nationalbewusstsein (41/43) – seit Ende der 1990er Jahre teils merklich zugenommen haben (Institut für Demoskopie Allensbach 2010: 42). Unmittelbar wird dieses gewachsene Selbstbewusstsein darin ersichtlich, dass von 27 positiven Merkmalen, die "Deutschland" in einer Umfrage vom Februar 2009 zugeschrieben werden konnten, nur drei schwächer bewertet wurden als 2002. Die Aussage, dass Deutschland "selbstbewusst im Umgang mit anderen Ländern" agiere, erlangte dabei eine Zustimmung von 59 Prozent (im Vergleich zu 48 Prozent in 2002) und damit mithin den dritthöchsten Zuwachs (Institut für Demoskopie Allensbach 2010: 33). Dies

deckt sich mit wachsender Zustimmung auf die Frage, ob "man heute Nationalstolz haben" sollte oder ob das "unwichtig" sei. Hielten 1993 noch 54 Prozent der Deutschen Nationalstolz für wichtig, so waren es 2006 bereits 73 Prozent (Institut für Demoskopie Allensbach 2010: 92). Unter Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren wurden 2008 sogar 86 Prozent gemessen, die "stolz" darauf waren, Deutsche zu sein (34 Prozent waren "sehr stolz", 52 Prozent "etwas stolz" (Spiesser Spezial 2008)). Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass Stolz und Selbstbewusstsein in zunehmenden Maße einhergehen mit der Wahrnehmung, Gutes für andere zu tun. Dass Deutschland "die europäische Einigung voranbringt" meinten 2002 wie 2009 62 Prozent der Deutschen. Im selben Zeitraum erhöhte sich aber die Zahl derjenigen, die denken, dass Deutschland "ausgleichend wirkt" bzw. "häufig bei internationalen Konflikten vermittelt" von 59 auf 66 Prozent (Institut für Demoskopie Allensbach 2010: 33). Ergänzt wird dieses neue Selbstbewusstsein zudem durch die Einschätzung, dass das deutlich positiv gewandelte Selbstbild zunehmend auch vom Rest der Welt geteilt wird. Glaubten 1991 lediglich 39 Prozent der Deutschen, dass sie "in der Welt beliebt" seien, so waren es im Februar 2009 bereits 56 Prozent (45 Prozent meinten 1991 noch, die Deutschen seien "unbeliebt"; 2009 dachten dies nur noch 21 Prozent; Institut für Demoskopie Allensbach 2010: 35). Stellt man dabei zusätzlich in Rechnung, dass sich diese Einschätzung mit den Ergebnissen einer BBC-Umfrage von 2010 deckt, der zufolge Deutschlands Einfluss im Vergleich von 28 Ländern weltweit die positivsten Wertungen erhielt, dann dürfte davon auszugehen sein, dass dieser Trend auf absehbare Zeit anhält und das deutsche Selbstbewusstsein weiter stärkt (BBC World Service 2010: 21).

Kurzum, das Selbstverständnis der außenpolitischen Elite wie auch der breiten deutschen Öffentlichkeit hat sich grundlegend gewandelt. Wer "wir" sind und was uns (vermeintlich) zusteht, wird heute anders definiert als vor zwanzig oder vierzig Jahren. Deutschland hat "Führungsverantwortung" zu übernehmen, ob im Kontext der EU (z.B. Bertram 2004, Weidenfeld 2006, Frankenberger 2009) oder in Afghanistan (Guttenberg 2010: 1). Eine "Kultur der Zurückhaltung" wie sie in Bonner Zeiten verstanden wurde, ist mit einer derart gewachsenen außenpolitischen Verantwortung nicht mehr vereinbar. Vielmehr wird sie zunehmend als Synonym für "Zaghafteigkeit" und "als Argument für bequemes Beiseitestehen" gebrandmarkt (Schlie 2010: 107). Normalität, ein Begriff, der im Bonner Vokabular schon deshalb unüblich war, weil so vieles an bundesdeutscher Außenpolitik atypisch anmutete und mit Absicht nicht "normal" sein sollte, wurde vor diesem Hintergrund zu einem neuen Schlüsselbegriff, Deutschland als "normales Land in Europa" sogar zu einem "Projekt", wie Franz Müntefering 2002 meinte (Müntefering 2002: 74A). Vor allem in der Kombination mit dem Begriff des "nationalen Interesses", den die Generation von Brandt, Genscher und Kohl immer in unmittelbarer Kopplung mit "europäischen Interessen" sehen wollte, artikuliert sich eine neue

deutsche Eigenständigkeit, die Normalität zum Maßstab erklärt. Auch diesen neuen Maßstab hat Gerhard Schröder bereits 1998 pointierter auf den Punkt gebracht als andere: "Nationale deutsche Interessen richtig verstanden zu vertreten, das ist kein Gegensatz zu Europa, ganz im Gegenteil. So wie die anderen das auch machen, steht uns das auch zu" (Schröder 1998).

Normalisierung als Mentalitätsbruch

Die positiven Konnotationen, die das neue außenpolitische Selbstbewusstsein zumeist begleiten, werden nicht von allen geteilt. In einem Beitrag für "Die Zeit" hat Jürgen Habermas diese Entwicklungen jüngst einer recht harschen Kritik unterzogen. Wo andere selbstbewusste Außenpolitik sehen, sieht er vor allem eine "neue deutsche Hartleibigkeit", Deutschland insgesamt als einen "selbstbezogenen Koloss in der Mitte Europas", der keinerlei europäische Gestaltungskraft mehr entfalte und sich insbesondere durch eine "um sich selbst kreisende und normativ anspruchslose Mentalität" auszeichne. Zwar reichten die tieferen Wurzeln dieser Veränderungen in die Zeit unmittelbar nach der Wiedervereinigung zurück, "wichtiger" aber sei "der Bruch der Mentalitäten, der nach Helmut Kohl eingetreten ist. Abgesehen von einem zu schnell ermatteten Joschka Fischer, regiert seit dem Amtsantritt von Gerhard Schröder eine normativ abgerüstete Generation" (Habermas 2010).

Mit dieser Kritik schließt Habermas an frühere Warnungen an, in denen er "neue deutsche Ungewissheiten" in erster Linie mit der "Normalität einer künftigen Berliner Republik" verband (Habermas 1995). In der alten Bundesrepublik, so Habermas Mitte der 1990er Jahre, habe sich "ein gewisses Gespür für die Dialektik der Normalisierung herausgebildet – also dafür, dass nur die Vermeidung eines auftrumpfend-zudeckenden Bewusstseins von 'Normalität' auch in unserem Land halbwegs normale Verhältnisse hat entstehen lassen" (171). Davon sei heute nichts mehr zu spüren. "Heute genießen die deutschen Eliten ihre wiedergefundene nationalstaatliche Normalität" (Habermas 2010). Die Polemik der "normativen Abrüstung" ist daher recht eigentlich eine Klage darüber, dass die heutigen Deutschen gemessen an den ursprünglichen Hoffnungen jämmerlich versagten. Statt "konzertiert" zu handeln und "das republikanische Erbe des Nationalstaats auf europäischer Ebene fortzuführen", wie Habermas seine Hoffnungen Mitte der 1990er Jahre umriss, gerieten sie sich heute wieder als souveräne Vormacht (Habermas 1995: 187-188).

"Normative Abrüstung", so ist Habermas wohl zu verstehen, betrifft das Eingemachte der Außenpolitik – die übergreifenden Ziele, die sich als Geltungsansprüche auch normativ rechtfertigen lassen. Seine Kritik geht daher auch weit über das hinaus, was in der

Expertendiskussion über Kontinuität und Veränderung deutscher Außenpolitik manchmal als bloße "außenpolitische Rhetorik" bzw. als Veränderung des "Stil" im Kontrast zur "Substanz" deutscher Außenpolitik charakterisiert wird. In dieser Perspektive ist ein "selbstbewussteres" Auftreten lediglich eine Stilfrage, die die eigentlichen Ziele deutscher Außenpolitik bestenfalls am Rand tangiert (vgl. etwa Maull 2002: 161-162 und Maull 2006b: 429-430). Die Unterscheidung zwischen "Stil"/"Rhetorik" und "Substanz" ist allerdings nicht nur deshalb problematisch, weil Reden immer schon Handeln ist, sondern auch weil in dieser Unterscheidung das, was "selbstbewusste" Vertretung "nationaler Interessen" umschreibt (und in aller Regel eine *machtvollere* Durchsetzung dieser Interessen impliziert), schwerlich als bloße "Stilfrage" kleinzureden ist. Die Griechen, Italiener, Portugiesen oder Kanadier werden jedenfalls an erster Stelle Machtfragen sehen, wenn sie einem "selbstbewusst" auftretenden Deutschland gegenüberstehen.

All dies bedeutet natürlich nicht, dass sämtliche Koordinaten Bonner Außenpolitik ungültig geworden seien. Wer die Kernziele deutscher Außenpolitik heute zusammenfasst, wird durchaus Kontinuitätslinien ziehen können. Die Europäische Union steht nach wie vor im Zentrum deutscher (Außen-) Politik und das Bündnis mit den USA (insbesondere im Rahmen der NATO) hat im Gegensatz zu manchen Forderungen nach einer Prioritätenverschiebung zugunsten Russlands¹ im Blick auf die großen internationalen Kraftlinien noch immer Vorrang. All dies hindert Deutschland aber genauso wenig wie früher umfassende Kooperationsbeziehungen mit Russland zu pflegen. Diese Aufzählung ließe sich fortsetzen – und solche Kontinuitäten sollten auch nicht überraschen. Denn ein *radikaler* Einschnitt war nicht nur deshalb nicht zu erwarten, weil Bonner Außenpolitik eine Erfolgsgeschichte darstellte, sondern weil die Deutschen selbst sich 1990 feierlich in diese Tradition eingereiht und Kontinuität versprochen hatten. Zudem sollte es auch deshalb nicht überraschen, weil schwer zu sehen ist, worin eine *plausible* alternative "Große Strategie" bestanden hätte, die von dieser Ausrichtung deutscher Außenpolitik signifikant abgewichen wäre. Sofern solche Alternativen entworfen bzw. angedeutet werden, beziehen sie sich zumeist auf eine (noch) stärkere Akzentuierung nationalstaatlicher Macht (z.B. durch eine Orientierung an einer stärker auf Intergouvernementalisierung setzenden EU-Politik, wie sie etwa Großbritannien betreibt) oder offenes, militärisch gestütztes Dominanzstreben auf dem europäischen Kontinent (vgl. etwa Mearsheimer 2001: 400). Dass solche Optionen nicht

¹ In einem Interview mit der "Süddeutschen Zeitung" ein Jahr nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler meinte Gerhard Schröder etwa, "dass nur eine strategische Bindung zwischen dem Europa der Union und Russland uns befähigt, ökonomisch, politisch, kulturell standzuhalten gegenüber konkurrierenden Mächten wie Amerika [sic!] und gegenüber aufstrebenden Mächten wie Indien und China" (Schröder 2006).

ernsthaft in Erwägung gezogen wurden, drängte sich angesichts der generellen Entwicklungstrends in Deutschlands Umfeld (z.B. der Westorientierung der mittel- und osteuropäischen Staaten) wie auch der erwartbaren Reaktionen der Nachbarn auf eine offene Renationalisierung erst gar nicht auf.

Neue Ziele

Umso wichtiger sind die neuen inhaltlichen Akzente, die in den Kernbereichen deutscher Außenpolitik trotzdem gesetzt wurden.² Sie alle reimen sich bestens auf die wichtigste substanzielle Veränderung, die in einem grundlegend gewandelten Bewusstsein des eigenen Selbst und dessen besteht, was für Deutschlands Rolle in der Welt angesichts seiner gewachsenen Macht angemessen ist. In der Europapolitik ist am auffälligsten, wie deutlich frühere Präferenzen für supranationale Lösungen zugunsten von Regeln fallen gelassen wurden, die den Einfluss der großen Staaten stärken – von einer stärkeren Berücksichtigung der demographischen Komponente bei Mehrheitsabstimmungen im Lissabonner Vertrag über die Ausdehnung von Mehrheitsentscheidungen im Rat bis hin zu einer deutlich stärkeren Präferenz für intergouvernementale Lösungen im allgemeinen und informelle Führungszirkel im besonderen. In den Beziehungen zu den USA und Russland äußert sich das neue Selbstbewusstsein in einer deutlich stärkeren Bilateralisierung der Beziehungen, die andere europäische Verbündete weniger berücksichtigt als dies früher der Fall war. Dass die Veränderungen der Ziele in der Sicherheitspolitik am weitesten reichen, bedarf kaum der Erläuterung. Es lohnt sich aber in Erinnerung zu rufen, dass der grundlegendste Paradigmenwechsel hinsichtlich des Einsatzes der Bundeswehr bereits während der Regierungszeit von Rot-Grün doktrinär fixiert wurde. In den Verteidigungspolitischen Richtlinien wurde 2003 festgehalten, dass der Auftrag der Bundeswehr "an erster Stelle" nicht mehr durch die Landesverteidigung, sondern generell durch die Gewährleistung der "außenpolitischen Handlungsfähigkeit" Deutschlands definiert sei (Verteidigungspolitische Richtlinien 2003: 11-12). Für die außenpolitische Kultur der Bonner Republik wäre eine solche Zielvorgabe, die ganz offensichtlich weit mehr ist als eine Veränderung des Stils, selbst dann unvorstellbar gewesen, wenn die Sicherheit der Bundesrepublik gewährleistet gewesen wäre.

² Eine ausgezeichnete aktuelle Übersicht über die verschiedensten Bereiche deutscher Außenpolitik liefert die neue Auflage des Sammelbandes "Deutsche Außenpolitik" von Thomas Jäger, Alexander Höse und Kai Oppermann (Jäger/ Höse/ Oppermann 2010).

Großmacht neu definieren

Auch die Beschreibung veränderter außenpolitischer Zielsetzungen ließe verlängern. Die Kernbotschaft bliebe aber dieselbe: Auf allen zentralen Feldern deutscher Außenpolitik lassen sich "substanzielle" Veränderungen identifizieren, die ihrerseits Folge und Ausdruck des gewandelten Selbstverständnisses sind. Dieses veränderte Selbstverständnis läuft nicht auf ein *tabula rasa* hinaus, das alles bisher Dagewesene über den Haufen wirft. Deutschland und seine außenpolitische Elite verstehen sich noch immer als europäische Nation – d.h. als Land, das in der Mitte Europas und, mehr noch, in der Mitte der EU liegt, in dessen Strukturen eingebettet ist und vom Erfolg dieses Projekts wesentlich abhängt. Dieses Deutschland ist sich aber auch seiner gewachsenen Macht in neuer Weise bewusst. In dem Maße, in dem internationale Politik durch solche Status- und Machtfragen geprägt wird, berühren sie Kernfragen. Die Antwort, die Deutschland und seine Partner bzw. Konkurrenten darauf geben, was Deutschland machtpolitisch *legitimerweise* zusteht, hat einen wesentlichen Einfluss darauf, wie sich die Kooperationsbeziehungen zwischen ihnen gestalten. Man muss nur auf die USA während der Irakkrise, Italien bzgl. UN-Reform oder Griechenland im Blick auf die Finanzkrise verweisen, um zu sehen, dass sich die Einschätzungen zwischen Deutschland und seinen Partnern hinsichtlich bestimmter Standards angemessener deutscher Außenpolitik merklich verschoben haben. Das kann in der Folge von Lernprozessen zu entsprechender Anpassungen und einer allseits akzeptierten neuen Balance führen. Einige Beispiele wurden oben genannt. Es kann aber auch strukturelle Konflikte heraufbeschwören oder verschärfen. Die griechische Finanzkrise oder das deutsche Streben nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat können in diesem Zusammenhang genannt werden. Die Bereitschaft, "mehr Verantwortung zu übernehmen" kann sich aber auch anders artikulieren, beispielsweise durch die Beherzigung des Rates, den der frühere Staatssekretär Wolfgang Ischinger vor zehn Jahren an die russische Adresse richtete. Ischinger warb dabei für eine Neudefinition dessen, was eine "moderne Großmacht" ausmache. Größe bemesse sich nicht mehr so sehr "an Macht, sondern an Kraft zu gestalten: Es ist wichtiger zu überzeugen, als zu drohen, es ist wichtiger, einzubinden als zu beherrschen, es ist wichtiger Partner zu gewinnen, als Gegner in Schach zu halten. Das sind die Gebote des 21. Jahrhunderts" (Ischinger 2000). Wenn die Berliner Republik in dieser Hinsicht normativ nachrüsten würde, könnte das sogar ihrem Selbstbewusstsein gut tun.

Literaturverzeichnis

Allemann, Fritz René 1956: Bonn ist nicht Weimar, Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Bertram, Christoph 2004: Zentral, nicht bloß normal, in: Die Zeit, 29. Juli 2004.

Blome, Nikolaus 2010: Nie wieder Zahlmeister Europas! in: Bild, 25.03.2010, verfügbar unter <http://www.bild.de/BILD/politik/2010/03/25/zahlmeister-europa/an-unserer-kanzlerin-beisst-sich-europa-die-zaehne-aus.html> (14.8.2010).

Castle, Stephen / Saltmarsh, Matthew 2010: Germany Begins to Shed Its Role as E.U. Integrator, in: New York Times, 24.03.2010, verfügbar unter <http://www.nytimes.com/2010/03/25/world/europe/25union.html?partner=rss&emc=rss> (14.8.2010).

Fischer, Joschka, 2005: „Ich war einer der letzten Rock’n’Roller der deutschen Politik“. Interview mit Fischer in: taz, 23.9.2005: S. 3-5.

Frankenberger, Klaus-Dieter 2009: Wo Deutschlands Platz ist, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Oktober 2009.

Genscher, Hans-Dietrich 1990: Erklärung der Bundesregierung zum Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland durch den Bundesminister des Auswärtigen, Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/226, 20. September 1990, S. 17803B-17807D.

Guttenberg, Karl-Theodor Freiherr zu 2010, Pressekonferenz des Bundesministers der Verteidigung vom 26.01.2010 zur Afghanistan-Strategie der Bundesregierung, verfügbar unter http://www.bmvg.de/fileserving/PortalFiles/C1256EF40036B05B/W2825JSJ180INFODE/20100126_PK%20BM%20und%20GI_Afghanistan-Strategie.pdf , (15.8.2010).

Habermas, Jürgen 1995: 1989 im Schatten von 1945. Zur Normalität einer künftigen Berliner Republik, in: ders., Die Normalität einer Berliner Republik, Kleine politische Schriften VIII, Frankfurt: Suhrkamp, 167-188.

Habermas, Jürgen 2010: Wir brauchen Europa! Die neue Hartleibigkeit: Ist uns die gemeinsame Zukunft schon gleichgültig geworden? in: Die Zeit, Nr. 21, 20. Mai 2010.

Institut für Demoskopie Allensbach, Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, Bd. 10., Berlin: de Gruyter 2010.

Ischinger, Wolfgang 2000: Russland als Europäische Macht. Vortrag in der Evangelischen Akademie Tutzing am 2.7.2000, verfügbar unter http://www.auswaertiges-amt.de/6_archiv/2/r/r000702a.htm (14.9.2000).

Jäger, Thomas/ Höse, Alexander/ Oppermann, Kai (Hrsg.) 2010: Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen, 2. erweiterte Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kulish, Nicholas 2010: German Identity, Long Dormant, Reasserts Itself, in: New York Times, 10.09.2010, verfügbar unter http://www.nytimes.com/2010/09/11/world/europe/11germany.html?_r=1 (12.9.2010).

Mauß, Hanns W. 2002: Die Außenpolitik der rot-grünen Koalition in Deutschland: Kontinuität und Wandel, in: Wagner, Wolfgang/ Gräfin Dönhoff, Marion/ Kaiser, Karl/ Link, Werner/ Mauß, Hanns W./ Schatz Klaus-Werner (Hrsg.): Jahrbuch Internationale Politik, 1999-2000, München: Oldenbourg, 161-172.

Mauß, Hanns W. 2006: Die prekäre Kontinuität: Deutsche Außenpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Anpassungsdruck, in: Schmidt, Manfred G./ Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.), Regieren in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 421-446.

Mearsheimer, John J. 2001: The Tragedy of Great Power Politics, New York, NY: W.W. Norton.

Schröder, Gerhard 1998: „Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen ...“, Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag vom 10. November 1998, in: Bulletin, Nr. 74 (11. November 1998), 910.

Schröder, Gerhard, 2005: Rede im Zusammenhang des Tagesordnungspunktes „Antrag des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 des Grundgesetzes“, Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 15/185 vom 1. Juli 2005, 17465B-17469B.

Schwik, Heimo/ Schacht, Ulrich (Hrsg.) 1994: Die selbstbewusste Nation. 'Anschwellender Bocksgesang' und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte, Berlin, Frankfurt am Main: Verlag Ullstein GmbH.

Seibel, Andrea 2010: Merkel im Recht, in: Die Welt, 29.04.10, verfügbar unter <http://www.welt.de/die-welt/politik/article7387249/Merkel-im-Recht.html> (14.8.2010).

Spiesser Spezial 2008: "Seid ihr stolz, deutsch zu sein?" Sonderausgabe der Jugendzeitschrift "Spiesser", verfügbar unter www.stiftung-evz.de/w/files/efp/spiesser_spezial_stolz.pdf (7.9.2010).

Weidenfeld, Werner 2006: Deutschland in europäischer Führungsverantwortung. Chance für ein Ende der Integrationskrise, in: Profil, 22.11.2006, verfügbar unter <http://www.cap-lmu.de/aktuell/positionen/2006/ratsvorsitz.php> (6.9.2010).